

Die „Weißeritz-Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pfg., monatlich 84 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie die Agenten nehmen Bestellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Jehne in Dippoldiswalde.

Mit achtfertigem „Illustrirten Unterhaltungsblatt“.

Mit land- und handwirthschaftlicher Monatsbeilage.

Nr. 121.

Dienstag, den 15. Oktober 1895.

61. Jahrgang.

Lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am Freitag hatte sich eine große Zahl von Wählern im Saale der „Reichskrone“ versammelt, um Herrn Geh. Hofrath Ackermann, den Kandidat der vereinigten Ordnungsparteien, zu hören. Nach Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Stadtkreisbesitzer O. Müller als Vorsitzendem und einem Hoch auf Se. Maj. König Albert, erklärte Herr Hofrath Ackermann, daß er sehr erfreut wäre, hier in altem bekannten Kreise reden zu können, denn seit 1877 vertrete er ununterbrochen den 5. städtischen Wahlkreis in der 2. Ständekammer, und als die Frage an ihn gerichtet worden sei, ob er wieder kandidiren würde, habe er nach reiflicher Ueberlegung sich zur Kandidatur entschlossen, denn gerade jetzt sei es Jedermanns patriotische Pflicht, auf seinem Posten auszuhalten. Nachdem er die Zusammensetzung der beiden sächs. Ständekammern und die bekannten Bedingungen zur Wahlberechtigung und Wählbarkeit aufgezählt hatte, erinnerte er daran, daß schon die Sozialdemokraten gegen das bestehende Wahlrecht und gegen das Fortbestehen der 1. Kammer agitirt haben. Aber durch die Landesverfassung sei selbst eine Aenderung derselben sehr erschwert, und die konservative Partei widersehe sich auch mit allen Kräften einer Aenderung nach jener Richtung, denn die 1. Kammer bilde in aufgeregten Zeiten einen abwehrenden Damm gegen Ueberführungen in der Gesetzgebung und mit Abschaffung des Censur von 3 M. für das aktive und 30 M. für das passive Wahlrecht ziehe man sich den Boden unter den Füßen weg, und die Erfahrungen, die mit dem allgemeinen Wahlrecht zum Reichstage gemacht worden seien, wären nicht dazu angethan, zu gleichen Versuchen beim sächs. Landtagswahlrecht zu reizen. In Sachsen, wo wir uns geordneter Verhältnisse erfreuten, die wir im Besitz von Gesetz, Ordnung sind, die wir den Bestimmungen der Landesverfassung und der weisen Regierung des Königs zu verdanken haben, sei es bedauerlich, daß die Reformpartei die Aenderung des Wahlrechts auf ihr Programm gesetzt habe, dem sich die konservative Partei widersetzen müsse. Er, Ackermann, sei durchaus konservativ, d. h., er wolle das Gute erhalten. Dabei verschleße er sich aber nicht dem Fortschritte und werde auch eintreten für Aenderungen, die an der Gesetzgebung geboten seien, aber sein Grundsatz, in allen Dingen Maß zu halten, richte sich nach dem Ausspruch: „Des Majes Schwert, des Majes Werth ist gut in allen Landen, nur wer das Uebermaß begehrt, der kommt sehr leicht zu Schanden.“ Was sein Programm anbelange, so könne er ohne Ueberhebung sagen: „Mein Leben ist mein Programm.“ Die konservative Partei bestand in der letzten 2. Kammer aus 44 Mitgliedern, 2 davon sind gestorben. Die 3 Ordnungsparteien, Konservative, Nationalliberale und Fortschrittler, gingen in den meisten Fällen zusammen, besonders aber, wenn es galt, unberechtigte Forderungen der Sozialdemokraten zurückzuweisen. Ein schöner Beweis der Einigkeit der Ordnungsparteien sei die Abmachung, gegen die Umsturzparteien geschlossen vorzugehen, sich bei den Wahlen den jetzigen Besitzstand zu schützen und sich gegenseitig zu unterstützen. Die Zukunft der Parteien und des Wohles des Vaterlandes liege jetzt in den Händen der Wähler. Unser Volk sei zwar in der Mehrzahl konservativ gestimmt, aber Jedermann müsse sich vergegenwärtigen, daß das Wahlrecht auch eine Wahlpflicht in sich schließe. Darauf tadelte Redner die Laune mancher Wähler. Der Eine sage, auf meine Stimme kommt es nicht an, und doch könne die Entscheidung, ob der Kreis konservativ, reformerisch oder sozialdemokratisch vertreten werde, von einer Stimme abhängen. Der zweite bleibe zu Haus in der Meinung, die großen Herren machen schon, oder mit der Ausrede: „Ich besaße mich nicht mit Politik.“ Diese Anschauungen seien sinnlos, denn die Wohlfahrt des Einzelnen sei von dem Wohl des

Staates mit abhängig. Auch brauche sich Niemand zu fürchten, sich durch die Wahl links oder rechts beliebt zu machen, da die Wahl eine geheime sei. Wenn aber dem Wähler dies oder das an dem Abgeordneten nicht gefällt? Keiner könne es Allen ganz recht machen. Der Wähler solle sich fragen: Wer paßt für dich und deine Anschauungen am besten? Redner trat dann der anderen falschen Ansicht entgegen, daß Sachsen Landtag keine Bedeutung mehr habe. Trotzdem ihm der Reichstag manche Aufgabe abgenommen habe, unterstehen ihm doch noch eine Fülle von Rechten, z. B. die selbständige Verwaltung der Volksschule, die Verwaltung des Staatshaushalts, die Einkommensteuer, die Unterstützung der Wissenschaft, der Kunst und der Gewerbe, die Ausführungsverordnungen zu den Reichsgesetzen. Bismarcks Aufforderung zur Reichspolitik in den Landtagen nachkommend, habe die konservative Partei in den letzten Landtagsitzungen eine Debatte über die Doppelwährung herbeigeführt. Wenn auch Redner der Ansicht sei, daß sich der Einzelndatag in der Hauptsache nicht um alle Angelegenheiten des Reiches kümmern könnte, da ihnen oft das genügende Material zur Beurtheilung fehle, und daß sich die Regierung auch nicht ganz und gar beeinflussen lassen könnte, sondern sich ihre freie Entschliebung vorbehalten müsse, so gebe es doch Sachen, wo die Landtagsabgeordneten nicht zu ängstlich zu sein brauchten, z. B. bei Steuerfragen, bei Regelung der Reichsfinanzen. Im Weiteren beantwortete Redner die Frage: „Was hat die konservative Partei im Landtage gethan?“ In Beantwortung der Frage: „Was hat die konservative Partei im Landtage gethan?“ erinnerte der Redner zunächst an die Erweiterung des Eisenbahnnetzes, wobei freilich noch nicht alle Wünsche der Bevölkerung befriedigt werden konnten, da in jeder Landtagsperiode 40—50 Petitionen um Eisenbahnen vorlägen. So wenig man die Bewilligung einer Bahn einem Abgeordneten zu Gute rechnen könne, ebenso thöricht wäre es, ihm anzurechnen, wenn nicht alle Wünsche sich erfüllten. Er, Redner, sei in dieser Beziehung ziemlich glücklich gewesen. Während die Bahnen Hainberg-Ripdorf, die Müglitzthalbahn schon fertig, die nach Sopda im Bau begriffen und die nach Frauenstein vorläufig abgesteckt sei, habe der Landtag andere zur Kenntnisknahme überwiesen. Weiter sei das neue Einkommensteuergesetz erlassen worden, durch welches die unteren Klassen von Steuern befreit und der Mittelstand entlastet worden sei. Ein Mißstand bei Feststellung des sächsischen Haushaltsplanes bestehe in der Unbeständigkeit der Finanzverhältnisse des Reiches, weshalb man auch der Regierung einen 20-prozentigen Zuschlag zu den Einkommensteuern bewilligt habe. Glücklicher Weise komme nächstes Jahr auch der 10proz. Zuschlag, der im laufenden Jahre erhoben worden sei, in Wegfall. Die Vier-Branntwein- und Tabaksteuer freisend, erklärte sich Redner als Gegner einer Erhöhung, die nur blühende Industrien vernichten und Unzufriedenheit stiften würde, aber die theuren Tabaksorten und der ausländische Tabak könnte zur Besteuerung höher herangezogen werden. Ein weiteres Produkt der letzten Landtagsitzungen sei die Revision der Gefindeordnung, die die Sozialdemokraten am liebsten abgeschafft hätten, sowie sie auch die Auskullung eines Dienstbuches für überflüssig hielten. Aber die Dienstboten lebten mit der Herrschaft in Hausgenossenschaft, opferten derselben ihre ganze Kraft und Zeit. Darum müsse letztere auch für das geistige und leibliche Wohl ihrer Dienstboten sorgen. Ebenso habe man das Dienstbuch beibehalten, denn in der Industrie seien mit Abschaffung des Arbeitsbuches schlechte Erfahrungen gemacht worden. Ebenso angebracht sei die Bestimmung, daß wortbrüchige Dienstboten zum Austritt gezwungen, die Koffer oder Laden der Dienstboten im Besitze derselben sowie einer Gerichtsperson geöffnet,

Einträge in das Dienstbuch über Verhalten auf Wunsch der Dienstboten gemacht werden dürften, und daß die Dienstboten bis zum 17. Lebensjahre in elterlicher Zucht ständen. Schließlich wandte sich Herr Geh. Hofrath Ackermann an seine Gegnerschaft, in Sonderheit an die ihn belämpfende Reformpartei, deren dreifache Behauptung, daß sich die alten Parteien abgewirthelet hätten, nicht bewiesen worden sei, und deren neuesten Programmentwurf er in mehreren Punkten nicht beistimmen könne. Wenn unter der Forderung: „Kampf für christliche Sitte gegen jüdische Anmaßung“ bedeute energische Zurückweisung fremder Einflüsse in unsere kirchlichen Angelegenheiten, so würde die Reformpartei die Unterstützung des Redners finden, aber für eine allgemeine Judenbege sei er nicht zu haben. Uebrigens könnten sich die Gemeinden auch jetzt schon gegen den Zuzug von Juden schützen, wenn sie deren Gesuche um Aufnahme in die Bürgererschaft zurückwiesen, und diese Abweisung sei bisher stets von der Oberbehörde bestätigt worden. Die Juden aber, die schon die Staatsangehörigkeit erworben haben, unter ein Fremdengesetz zu stellen, sei ungerecht. Zugegeben könne werden, daß bei gewissen Verbrechen die Juden mehr betheilig sind, als die Christen. Diese könnten schon nach den bestehenden Gesetzen scharf verfolgt werden, und wo eine Verschärfung der Gesetze notwendig sei, würde Redner gern mithelfen, auch könne er nichts dagegen sagen, daß die jüdischen Religionsbücher eine getreue Uebersetzung finden sollten, aller mit allgemeinen Phrasen und Programmen sei nichts gemacht. Für eine Aenderung des Wahlrechts, des Vereinswesens und des Pressegesetzes sei die konservative Partei nicht zu gewinnen, denn schon die jetzige Pressefreiheit sei zur Pressefreiheit herangewachsen und obige Einrichtungen könne man als notwendige Waffen gegen die Sozialdemokratie nicht entbehren. Ueber den Wunsch nach gesetzlicher Festsetzung eines Maximalarbeitstages ließe sich disputiren, aber derselbe habe auch wegen der Verschiedenheit der Arbeiten seine 2 Seiten. Die Forderung nach Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit sei aber ganz und gar unannehmbar, weil bedenklich und schwierig. Jetzt sei man mit Versicherungen genug belastet, und doch habe man damit keine Erfolge gegen die Sozialdemokratie erzielt, und wer versichere den Arbeitgeber gegen Schädigungen bei Handelskrisen? Sollten etwa alle vom Staate genährt und deren Kinder gefüttert werden? Hätten wir da nicht den reinen sozialdemokratischen Staat, in dem dann aber auch Jeder an irgend eine Arbeit kommandirt würde? So haben die Konservativen auch die obligatorischen Innungen, den Befähigungsnachweis, die Wanderlager u. dergl. Angelegenheiten zur Sprache gebracht, die theils durch Gesetze geregelt wurden, theils aber bei der Regierung kein Entgegenkommen gefunden haben. Was zu Ungunsten der Konservativen von der Reformpartei behauptet wurde, hat hiermit der Redner gründlich widerlegt. Herr Geh. Hofrath Ackermann, der den Namen seines Gegenkandidaten in keiner Wahlrede erwähnt hat, hielt es zuletzt noch für seine Pflicht, sich gegen die Angriffe auf seine Person zu verteidigen. Erstaunt sei er, daß man ihm vorwerfe, sich wohl als Freund des Handwerks aufgespielt, aber nichts für dasselbe gethan zu haben, und doch habe er sich zur politischen Aufgabe gestellt, gerade für den städtischen Mittelstand, für das Handwerk einzutreten, und habe deshalb zahlreiche Anträge eingebracht, jederzeit die Petitionen der Handwerker um Abhilfe der durch die liberale Gesetzgebung der sechziger Jahre verursachten Schädigungen des Handwerks kräftig unterstützt und mit Hilfe des Senats und der Reichspartei mehrere Anträge auch bei der Regierung durchgesetzt, z. B. das Recht rühriger Innungen, allein Lehrlinge zu halten, Korporationsrechte der Innungen u. dergl., und gerade die Innungen in Sachsen hätten von diesen Rechten großen Gebrauch gemacht. Durch die Konservativen seien die Wanderlager wesentlich

Inserate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Zaubersprüche und complicirte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingekauft, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.